

# Liechtensteiner Landeszeitung.

Dritter Jahrgang.

Baduz, Samstag

Nro. 10.

1. April 1865.

Dieses Blatt erscheint in der Regel monatlich 3mal und kostet ganzjährig 1 fl. 50 kr. Einrückungsgebühr für die gespaltene Zeile 4 Nkr. Man bestellt die Zeitung in Baduz bei der Redaktion — in Feldkirch bei der löbl. Wagner'schen Buchhandlung oder bei der k. k. Post. Die Redaktion besorgt auch Bestellungen auf das liechtenst. Landesgesetzblatt.

## Einladung zum Abonnement.

Vom 1. April bis Ende Dezember kostet unser Blatt 1 fl. 15 kr. Bestellungen aus dem Fürstenthume können bei den Agenten in den einzelnen Gemeinden, bei den Briefträgern und bei der Redaktion gemacht werden. — Es ist dafür gesorgt, daß die Zeitung am Samstag regelmäßig in jeder Gemeinde eintrifft.

## Rundschau.

Der östr. Reichsrath findet immer weniger Gefallen an dem Regiment der kais. Minister. Das beweist aufs Neue die Wahl der Kommission zum Finanzgesetz pro 1866, in welche wieder 4 Gegner des Ministeriums gewählt wurden. Merkwürdig ist die Rede Rechbauers, eines der tüchtigsten Abgeordneten, welcher mit grellen Farben die innern Zustände des österreichischen Staatslebens schildert. Es scheint ihm, als habe man den Reichsrath nur deshalb geschaffen, um Auslagen zu bewilligen, Steuern zu erhöhen und Anlehen zu ermöglichen. Damals, als die Verfassung geschaffen wurde, habe das Volk erwartet, es werde ein neuer Geist in die Gesetzgebung und Verwaltung gebracht, die Vielregiererei gründlich beseitigt und Ordnung in dem Staatshaushalt geschaffen werden. Von Alldem sei aber noch nichts zur Ausführung gekommen. Es fehlen ein Vereinsgesetz, Schwurgerichte u., es bestehe noch das alte unzeitgemäße Strafgesetz, es werde mit denselben Personen und mit denselben Mitteln fortregiert, wie damals. Wenn Jemand am 19. Oktober 1860 in Schlummer verfallen wäre, und jetzt erwachen würde, er würde nicht erkennen, daß Oestreich in ein neues Leben eingetreten sei, außer etwa, daß die Steuern sich vermehrt und die Schulden vergrößert worden sind. Es sei einmal Zeit, die vielen Rücksichten fallen zu lassen und gründlich an den Neubau des Staates zu gehen.

Ueber die schleswig-holstein'sche Sache schreiben die Zeitungen wieder fleißig, besonders seit man hört, Bayern und Sachsen wollten wieder ein Mal am Bund beantragen, daß die Herzogthümer endlich ein Mal einem rechtmäßigen Herrn übergeben werden. Das wird wieder ein Schlag in's Wasser sein, wie alle früheren Anträge. Die preussische Regierung kümmert sich um die bayrischen und sächsischen Minister so wenig, als um den württembergischen Landtagsbeschuß, welcher die Vereini-

gung der Herzogthümer mit Preußen als einen Bruch des Bundesrechts bezeichnete. Mit dem Gewissen des bayrischen Ministers v. d. Pfordten ist es an sich eine zweideutige Sache, man weiß das von früher her, wo er in derselben schleswig-holsteinischen Sache den Büttel Rußlands machte.

Um von der Wirksamkeit dieses Hrn. v. d. Pfordten im eigenen Bayernlande zu reden, so will es scheinen, als habe er nicht den besten Kredit bei seinem Volke. Seit seinem Antritte des Ministerpostens sind allerlei Maßregeln ergriffen worden, welche nicht auf liberale Vorsätze hindeuten. So z. B. die Ausweisung der vertriebenen Polen aus Bayern. Nur hat das bayrische Regiment eine besondere Schwäche, es möchte vor aller Welt als sehr aufgeklärt und freisinnig gelten, bekommt aber öfter Anfälle von gegentheiligen Gemüthsstimmungen. In solchen Anfällen macht es denn gar häufig einen „Plutzer“, wie man bei uns sagt. Ist er gemacht, so scheut man den Lärm der Tagesblätter und es werden dann alle möglichen Hebel in Bewegung gesetzt, um die verfehlte Maßregel zu beschönigen. Man wird bald in's Reine kommen, wie tief der vermeintliche Liberalismus der Regierung sitzt; der Landtag tritt nächstens zusammen und da gibt es hinreichende Gelegenheit dazu.

Gleich kläglich steht mit dem Staatshaushalte des Königreiches Italien. In den 3 Jahren 1862, 63 und 64 haben die Ausgaben den Voranschlag um 318 Millionen Fr. überschritten, und doch waren schon im Voranschlag die Ausgaben höher angesetzt, als die Einnahmen. Dazu kommt noch die laufende Mehrausgabe, d. h. die auf 1865. Man sucht sich auf alle Weise zu helfen: Man verkauft selbst die Staats-Eisenbahnen, will eine neue Anleihe machen und eine Miethsteuer von 12½ pCt. einführen, so daß also von jedem Miethvertrag der achte Theil, also von 40 fl. Mieth, schon 5 fl. Steuer entrichtet werden müssen, was noch mehr ist, als die von der österreichischen Regierung verlangte Couponsteuer, und wobei zu beachten ist, daß diese Steuer noch drückender ist, als die Couponsteuer; denn diese trifft doch meist die Kapitalisten, jene aber geht an den Miethleuten aus, weil die Hausbesitzer um den Steuerbetrag die Mieth steigern werden, demnach diese Steuer vorzugsweise auf die niedere Klasse drücken muß. Die Nationalversammlung für Italien hat ungeachtet des Widerstrebens des Justizministers mit großer Mehrheit die Abschaffung der Todesstrafe beschlossen.